



Schwäbisch Gmünd, 13.07.2018
Gemeinderatsdrucksache Nr. 161/2018

Vorlage an

Bau- und Umweltausschuss/Verwaltungsausschuss

zur Beschlussfassung

- öffentlich -

Sicherstellung des Kulturdenkmals Imhofstraße 9 (ehemalige Synagoge)

Anlagen:

- | | |
|---------------------------------------|----------|
| - Grundstückslageplan | Anlage 1 |
| - Lageplan historischer Stadtrundgang | Anlage 2 |
| - Auszug aus dem Denkmalwerteplan | Anlage 3 |
| - Historische Gebäudeansichten | Anlage 4 |

Beschlussantrag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Baudenkmal Imhofstraße 9, Schwäbisch Gmünd mit einer Grundstücksfläche von 163 m² von der Stiftung Heiligenbrunn zu einem symbolischen Wert von 1 Euro zu übernehmen.
2. Für eine sensible statische Sicherung des Gebäudes werden Haushaltsmittel in Höhe bis zu 60.000 € zur Verfügung gestellt. Zur Remstalgartenschau 2019 soll temporär die Geschichte des Baudenkmals und jüdischen Lebens in der Raumschaft von Schwäbisch Gmünd erlebbar gemacht werden.
3. Gemeinsam mit dem „Freundeskreis Jüdische Geschichte und Kultur in Schwäbisch Gmünd“ wird die Stadtverwaltung langfristig ein nachhaltiges Nutzungs- und Trägerkonzept entwickeln.



Sachverhalt und Antragsbegründung:

Das Gebäude Imhofstraße 9 ist ein bedeutendes Baudenkmal und eines der ältesten Gebäude der Stadt Schwäbisch Gmünd. Als Standort der mittelalterlichen Synagoge der jüdischen Gemeinde ist es von herausragendem Wert für die Kultur-, Religions- und Sozialgeschichte unserer Stadt. Eine außerordentliche Bedeutung kommt dem Baudenkmal auch im direkten Vergleich zu anderen deutschen und nordalpinen Städten mit überliefertem jüdischem Kulturerbe des Mittelalters zu.

Das Baudenkmal wurde im 13. Jahrhundert als repräsentatives Steingebäude auf einem der höchstgelegenen Grundstücke im Südosten der Stadt nahe des späteren Königsturms (erbaut 1405/07) errichtet. Der bis heute unzerstörte Dachstuhl datiert dendrochronologisch auf das Jahr 1288 und ist im Original erhalten. Das Gebäude weist eine eindrucksvolle Höhe von 23 Metern auf, und auch der im städtischen Weichbild ansonsten unübliche Treppengiebel verdeutlicht den repräsentativen Charakter eindrücklich (siehe Anlage 4: Historische Stadtansichten und Rekonstruktionszeichnung). Im Innern befanden sich zwei übereinanderliegende, jeweils 6 Meter hohe Säle, die für die Feier von Gottesdiensten sowie für Gemeindeversammlungen genutzt werden konnten und von freitragenden Holzdecken überspannt waren. In diesen Sälen haben sich Reste der ursprünglichen Wandbemalung erhalten (florale Motive, Ornamente). Da während des 15. Jahrhunderts im Gebäude wohl auch eine Wohnung für den Rabbiner, Kantor oder Synagogendiener vorhanden war, kann von einer multifunktionalen Nutzung ausgegangen werden.

Die überlieferten schriftlichen Quellen bestätigen die bislang bekannten bauhistorischen Befunde: Die älteste jüdische Gemeinde Schwäbisch Gmünds wird erstmals 1240/41 in einem Steuerverzeichnis des staufischen Königs Konrad IV. (1228–1254, König (HRR) seit 1237) genannt. Im Zuge der nahezu flächendeckenden Judenverfolgungen zur Zeit des Schwarzen Todes (Pest) 1348/51 kam es auch in Schwäbisch Gmünd zu einem Pogrom, und erst in den 1360er Jahren ließen sich erneut Angehörige der religiösen Minderheit in der Stadt nieder. Nach dieser Wiederbesiedlung kam es zu Umbau- und Instandsetzungsarbeiten im Innern des Gebäudes, in deren Zuge die auf 1368/69 datierende, unzerstört erhaltene Holzbohlendecke errichtet wurde. Mit der durch Kaiser Maximilian I. legitimierten Vertreibung der Juden aus der Reichsstadt im Jahr 1501 und dem 1521 durch Kaiser Karl V. „auf ewige Zeiten“ ausgesprochenem Stadtverbot, welches bis 1802 Bestand hatte, endete die Anwesenheit von Juden innerhalb des Stadtgebietes abrupt.

Die herausragende Bedeutung des Gebäudes Imhofstraße 9 zeigt sich besonders im überregionalen Vergleich. Meist wurden jüdische Synagogenbauten in Folge der Vertreibungen der Juden aus den Städten an der Wende zur Frühen Neuzeit (15./16. Jahrhundert) abgetragen, profanisiert und bis zur Unkenntlichkeit umgebaut oder unter heilsgeschichtlichen Gesichtspunkten in Kapellen und Kirchen umgebaut (symbolischer Sieg der *ecclesia* über die *synagoga*). Überregional bedeutsames bauliches Kulturerbe der jüdischen Minderheit aus dem Mittelalter hat sich in dieser Güte lediglich in wenigen deutschen und nordalpinen Städten bis heute erhalten (v.a. Erfurt, Friedberg/Wetterau, Speyer, Worms und Zürich).



Die Stiftung Heiligenbruck möchte die weitere Entwicklung des Kulturdenkmals in die Hände der Stadt legen.

Gemeinsam mit dem in Gründung befindlichen „Freundeskreis Jüdische Geschichte und Kultur in Schwäbisch Gmünd“, der sich auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützt und durch seine Mitgliederinnen und Mitglieder eine umfassende bürgerschaftliche Beteiligung sicherstellt, wird die Stadtverwaltung langfristig ein tragfähiges und nachhaltiges Nutzungs- und Trägerkonzept für das bedeutende Baudenkmal erarbeiten. Hierdurch ist die Zweckbindung, die der Kaufvertrag vorsieht, sichergestellt. Derzeit wird geprüft, wie die der Stiftung Heiligenbruck bereits bewilligten Zuschüsse für einen denkmalgerechten Umbau (Denkmalstiftung Baden-Württemberg, Deutsche Stiftung Denkmalschutz) auf die Stadt bzw. einen Trägerverein übertragen werden können. Für eine sensible statische Sicherung des Gebäudes werden voraussichtlich Haushaltsmittel zwischen 40.000 € und 60.000 € benötigt.

Zur Remstalgartenschau 2019 wird das Gebäude – nach einer sensiblen statischen Sicherung des Baudenkmals – als integraler Bestandteil des Stadtrundgangs durch einen Pavillon für einheimische und auswärtige Besucherinnen und Besucher temporär erlebbar gemacht. Die bereits 2017 unter maßgeblicher Mitwirkung des Stadtarchivs konzipierte und installierte Ausstellung im Gebäudekeller, die anlässlich des Tages des offenen Denkmals am 10.09.2017 eröffnet wurde und sich der jüdischen Geschichte der Reichsstadt Schwäbisch Gmünds und der Baugeschichte des Gebäudes widmet, wird hierin integriert.